

Kreisschreiben

des

Bundesrates an sämtliche Kantonsregierungen betreffend
das Inkrafttreten des neuen Niederlassungsvertrages
zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche,
vom 13. November 1909.

(Vom 13. September 1911.)

Getreue, liebe Eidgenossen!

Wie wir Ihnen mit Schreiben vom 4. August abhin mitteilten, hat am 1. August die Auswechslung der Ratifikationsurkunden zu dem Niederlassungsvertrage vom 13. November 1909 zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche stattgefunden.

Der Vertrag tritt am 1. Oktober nächsthin in Kraft. Es gibt uns dies Anlass zu den nachstehenden Bemerkungen und Weisungen.

I. Legitimationspapiere.

Wie Sie dem Art. 1 des Niederlassungsvertrages entnehmen, haben die Angehörigen jedes vertragschliessenden Teiles, die sich im Gebiete des andern Teiles aufzuhalten wünschen, als einziges Ausweispapier inskünftig einen Heimatschein vorzulegen. Die erteilten Niederlassungszeugnisse der Deutschen und der Bayerischen Gesandtschaft in Bern bleiben indessen bis zum Ablauf der Frist, für welche sie ausgestellt sind, als Legitimationspapiere in Geltung.

Laut dem cit. Art. 1 haben sich die beiden vertragschliessenden Staaten gegenseitig mitzuteilen, welche Behörden zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit und zur Ausstellung der Heimatscheine zuständig sind. Diese Mitteilungen haben stattgefunden und wir schliessen die Verzeichnisse der bezüglichen Behörden in der Anlage bei (Beilagen 1, 2, 3).

Wir machen darauf aufmerksam, dass nach deutscher Vorschrift alle Familienglieder, für die ein Heimatschein Geltung haben soll, auf der Rückseite desselben eingetragen werden müssen und dass daher der Heimatschein eines deutschen Staatsangehörigen jeweilen beim Hinzutritt eines neuen Familiengliedes unter Mitgabe der nötigen Zivilstandsausweise an die Behörde, die den Heimatschein ausgestellt hat, zur Ergänzung einzusenden ist.

II. Polizeilicher Auskunftverkehr.

Da unter der Herrschaft des neuen Vertrages die von den Bewerbern um Niederlassung oder Aufenthalt vorzulegenden Urkunden einen Ausweis über den Leumund nicht mehr enthalten, so ist zwischen den Regierungen der beiden vertragschliessenden Staaten vereinbart worden, dass die Polizeibehörden des Aufenthaltsstaates bei denjenigen des Heimatstaates über das Vorleben der vom einen Staate nach dem andern zuziehenden Personen auf dem Wege des direkten Geschäftsverkehrs Auskunft einholen können. Immerhin hat es die Meinung, dass solche Auskünfte nicht über alle von einem Staate nach dem andern zuziehenden Personen, sondern nur dann eingefordert werden sollen, wenn hierfür den Umständen nach eine besondere Veranlassung vorliegt. Die Bewilligung zur Wohnsitznahme kann verweigert werden, wenn im Einzelfalle sich ergibt, dass einer der Gründe vorliegt, welche gemäss Art. 2 des Vertrages die kontrahierenden Teile zur Untersagung der Niederlassung oder des Aufenthaltes berechtigen.

Die Verzeichnisse der beiderseitigen Polizeibehörden, die zu dem unmittelbaren Geschäftsverkehr in Angelegenheiten der Fremdenpolizei zuständig sind, finden sich hier angeschlossen (Beilagen 4 und 5). Wir bemerken dabei, dass die Erkundigungen über eine nach der Schweiz zugezogene Person am zweckmässigsten bei der zuständigen Polizeibehörde des letzten Wohnsitzes, den diese Person in Deutschland hatte, eingeholt werden.

III. Übernahmeverfahren.

Durch Art. 14 des Niederlassungsvertrages ist vereinbart, dass sich die beiden vertragschliessenden Teile über die bei der Übernahme einzuhaltenden Regeln durch Notenaustausch zu verständigen haben. Eine Verständigung soll laut Art. 12, Absatz 1, des Vertrages auch erfolgen betreffend die Ausweisepapiere, auf Grund deren die Übernahme ohne vorangehenden Schriftwechsel einzutreten hat. Diese Vereinbarungen haben stattgefunden; die daraus hervorgegangenen Bestimmungen finden sich niedergelegt in gleichlautenden Noten, die am 29. Dezember 1910 zwischen uns und der Deutschen Gesandtschaft in Bern ausgetauscht worden sind; ihr Inhalt wird in Beilage 6 hiernach wiedergegeben. In Ergänzung der dort enthaltenen Angaben machen wir Ihnen die folgenden Mitteilungen:

A. Übernahmebehörden.

Die Übernahme erfolgt an den in Beilage 6 bezeichneten beiderseitigen Grenzorten.

Als schweizerische Übernahmebehörden werden bezeichnet:

- in Pruntrut: das Regierungsstatthalteramt;
- in Basel: das kantonale Polizeidepartement;
- in Rheinfelden: das Bezirksamt;
- in Laufenburg: das Bezirksamt;
- in Zurzach: das Bezirksamt;
- in Schaffhausen: die kantonale Polizeidirektion;
- in Kreuzlingen: das Bezirksamt;
- für Romanshorn: das Bezirksamt Arbon (Übernahmestelle: das Polizeibureau Romanshorn);
- in Rorschach: das Bezirksamt.

Als deutsche Übernahmebehörden sind bezeichnet:

- in Altkirch: der Kreisdirektor;
- in St. Ludwig: der Grenzpolizeikommissar;
- in Lörrach: das Bezirksamt;
- in Säckingen: das Bezirksamt;
- in Waldshut: das Bezirksamt;
- in Singen: das Bürgermeisteramt;
- in Konstanz: das Bezirksamt;
- in Friedrichshafen: die Hafendirektion;
- in Lindau: das Bezirksamt.

B. Übernahmeverkehr mit vorangehendem Schriftwechsel.

1. Übernahmeanträge.

Die schriftlichen Übernahmeanträge sind jeweilen bei derjenigen Behörde zu stellen, die zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit der heimzuschaffenden Person zuständig ist. Von welcher Behörde solche Anträge auszugehen haben, wird im Vertrage nicht bestimmt. Wir möchten Ihnen empfehlen, die Anordnung zu treffen, dass mit der Stellung solcher Anträge diejenige Behörde Ihres Kantons betraut wird, welche zur Anerkennung der Zuständigkeit Ihrer eigenen Kantonsangehörigen und demgemäss zur Entgegennahme von Heimschaffungsanträgen deutscher Behörden bezüglich dieser Kantonsangehörigen kompetent ist.

Die Übernahmeanträge sollen enthalten:

a. den Nachweis der Staatsangehörigkeit der heimzuschaffenden Person;

b. den Grund der Heimschaffung (Ausweisung);

c. die Mitteilung, ob die heimzuschaffende Person imstande ist, allein zu reisen, oder ob sie zur Reise der Begleitung bedarf, siehe unten sub 2 (Handelt es sich um Kranke, so soll ein ärztliches Zeugnis beigegeben werden, das sich über die Natur der Krankheit und über die Transportfähigkeit des Patienten, sowie über die Notwendigkeit einer Begleitung ausspricht);

d. wenn möglich Angaben, die zur Feststellung des Unterstützungswohnsitzes der heimzuschaffenden Person dienen können: z. B. Nennung des von ihr selbst bezeichneten Unterstützungswohnsitzes, oder Mitteilung, an welchen Orten des Deutschen Reiches — und wie lange an diesen Orten — sich dieselbe zuletzt aufgehalten hat. Dabei verweisen wir aber ausdrücklich darauf, dass durch derartige Angaben dem in Art. 15 des Niederlassungsvertrages ausgesprochenen Grundsatz, wonach die Übernahme durch Erhebungen über den Unterstützungswohnsitz nicht verzögert werden darf, in keiner Weise derogiert wird.

2. Bestimmungen betreffend Erstattung der Voranzeige.

a. Ist die Übernahmepflicht von der Heimatbehörde anerkannt und von letzterer der Übernahmeort bezeichnet, so kann der ausweisende Staat die Heimschaffung vollziehen, nachdem er vorher den Zeitpunkt der Übergabe dem Heimatstaate mitgeteilt hat.

b. Handelt es sich um die Übernahme von Personen, die allein reisen können, so genügt es, wenn die Voranzeige drei Tage vor der Ankunft der heimzuschaffenden Person bei der Übernahmebehörde eintrifft. Handelt es sich aber um Personen, die nicht allein reisen können, so soll die Voranzeige der Behörde, an die sie gerichtet ist, wenigstens eine Woche im voraus zugehen.

c. Die Voranzeige geht im Heimschaffungsverkehr aus der Schweiz nach Deutschland stets von der schweizerischen Behörde, welche die Heimschaffungsverhandlungen geführt hat, an die übernehmende deutsche Grenzbehörde.

Im Heimschaffungsverkehr aus Deutschland nach der Schweiz wird die Voranzeige an die übernehmende schweizerische Grenzbehörde in den Fällen erstattet, in denen es sich um die Übernahme von Personen handelt, die allein zu reisen imstande sind. Betrifft es dagegen schweizerische Angehörige, die nicht allein reisen können, so erfolgt die Voranzeige an die Heimatbehörde, mit welcher die Heimschaffungsverhandlungen geführt worden sind.

3. Benachrichtigung des schweizerischen Übernahmeortes durch die Heimatbehörde.

Die schweizerische Heimatbehörde wird der Grenzbehörde des Ortes, wo die Übernahme zu erfolgen hat, in allen Fällen von dem bevorstehenden Eintreffen einer heimzuschaffenden Person Kenntnis geben und mitteilen, in welcher Weise über die ankommende Person verfügt werden soll und ob dieselbe vom Heimatkanton abgeholt werden wird. Diese Benachrichtigung der Grenzbehörde durch die Heimatbehörde hat bezüglich derjenigen Personen, die allein reisen können, sofort nach Abgabe der Übernahmeerklärung gegenüber Deutschland, — bezüglich derjenigen Personen, die besonderer Reisebegleitung bedürfen, jeweilen nach Eintreffen der Anzeige des Heimschaffungsdatums zu erfolgen.

4. Voranzeige betreffend Mitgabe von Hausrat.

In Fällen, wo mit den heimzuschaffenden Personen Hausrat zur Übergabe kommt, ist jeweilen die Übernahmebehörde hiervon zum voraus zu benachrichtigen, damit diese der Behörde, welche die Heimschaffung anordnet, mitteilen kann, in welchem Zeitpunkt der übernehmende Teil die Sendung zu erhalten wünscht.

Diese Bestimmung gilt auch für die Mitgabe von Hausrat bei Ausschaffungen ohne vorangehenden Schriftwechsel.

C. Betreffend den Übernahmeverkehr ohne vorangehenden Schriftwechsel (formlosen Übernahmeverkehr) wird unser Justiz- und Polizeidepartement den Polizeibehörden der Kantone direkte Weisungen zugehen lassen.

Indem wir Sie ersuchen, die vorstehenden Instruktionen Ihren Behörden zur Kenntnis zu bringen, benützen wir auch diesen Anlass, Sie, getreue, liebe Eidgenossen, samt uns in Gottes Machtschutz zu empfehlen.

Bern, den 13. September 1911.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Ruchet.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schatzmann.

Beilagen :

1. Verzeichnis der schweizerischen Behörden, die zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit zuständig sind.
 2. Verzeichnis der schweizerischen Behörden, die zur Ausstellung der Heimatscheine zuständig sind.
 3. Verzeichnis der deutschen Behörden, die zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit und derjenigen, die zur Ausstellung der Heimatscheine zuständig sind.
 4. Verzeichnis der schweizerischen Behörden, die zu dem unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den deutschen Behörden in Angelegenheiten der Fremdenpolizei ermächtigt sind.
 5. Verzeichnis der deutschen Behörden, die zu dem unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den schweizerischen Behörden in Angelegenheiten der Fremdenpolizei ermächtigt sind.
 6. Vereinbarung betreffend die Regeln des schweizerisch-deutschen Übernahmeverkehrs.
-

Verzeichnis

der

schweizerischen Behörden, die zur Anerkennung der Staatsangehörigkeit zuständig sind.

Kantone

Zürich:	Direktion der Justiz und Polizei des Kantons Zürich in Zürich.
Bern:	Polizeidirektion des Kantons Bern in Bern.
Luzern:	Polizeidepartement des Kantons Luzern in Luzern.
Uri:	Polizeidirektion des Kantons Uri in Altdorf.
Schwyz:	Regierungsrat des Kantons Schwyz in Schwyz.
Obwalden:	Regierungsrat des Kantons Unterwalden ob dem Wald in Sarnen.
Nidwalden:	Regierungsrat des Kantons Unterwalden nid dem Wald in Stans.
Glarus:	Polizeidirektion des Kantons Glarus in Glarus.
Zug:	Regierungsrat des Kantons Zug in Zug.
Freiburg:	Polizeidirektion des Kantons Freiburg in Freiburg.
Solothurn:	Polizeidepartement des Kantons Solothurn in Solothurn.
Basel-Stadt:	Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt in Basel.
Basel-Landschaft:	Polizeidirektion des Kantons Basel-Landschaft in Liestal.
Schaffhausen:	Polizeidirektion des Kantons Schaffhausen in Schaffhausen.

Kantone

- Appenzell A.-Rh.:** Polizeibureau des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden in Trogen.
- Appenzell I.-Rh.:** Polizeidirektion des Kantons Appenzell Inner-Rhoden in Appenzell.
- St. Gallen:** Polizeidepartement des Kantons St. Gallen in St. Gallen.
- Graubünden:** Regierungsrat (Kleiner Rat) des Kantons Graubünden in Chur.
- Aargau:** Polizeidirektion des Kantons Aargau in Aarau.
- Thurgau:** Polizeidepartement des Kantons Thurgau in Frauenfeld.
- Tessin:** Staatsrat des Kantons Tessin in Bellinzona.
- Waadt:** Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Waadt in Lausanne.
- Wallis:** Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Wallis in Sitten.
- Neuenburg:** Polizeidepartement des Kantons Neuenburg in Neuenburg.
- Genf:** Die Staatskanzlei des Kantons Genf in Genf.
-

Verzeichnis

der

schweizerischen Behörden, die zur Ausstellung der Heimatscheine zuständig sind.

Kantone

Zürich:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Bern:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Luzern:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Uri:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Schwyz:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Obwalden:	Die Standeskanzlei des Kantons Unterwalden ob dem Wald in Sarnen.
Nidwalden:	Die Standeskanzlei des Kantons Unterwalden nid dem Wald in Stans.
Glarus:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Zug:	Der Ortsbürgerrat jeder Gemeinde.
Freiburg:	Der Gemeinderat (Conseil communal) jeder Gemeinde.
Solothurn:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Basel-Stadt:	Der Bürgerrat der Stadt Basel und die Gemeinderäte der übrigen Gemeinden.
Basel-Landschaft:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Schaffhausen:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Appenzell A.-Rh.:	Der Gemeinderat jeder Gemeinde.
Appenzell I.-Rh.:	Die Standeskommission des Kantons Appenzell I.-Rh. in Appenzell.

Kantone

St. Gallen:	Der Gemeinderat (Ammann und Rat) jeder Gemeinde.
Graubünden:	Der Gemeindevorstand jeder Gemeinde.
Aargau:	Der Gemeinderat (Ammann und Rat) jeder Gemeinde.
Thurgau:	Der Gemeinderat (das Gemeindeammannamt) jeder Munizipalgemeinde.
Tessin:	Der Gemeinderat (Municipalità oder Autorità comunale) jeder Gemeinde.
Waadt:	Der Gemeinderat (Syndic et Municipalité) jeder Gemeinde.
Wallis:	Der Bürgerrat (Conseil bourgeois) jeder Gemeinde.
Neuenburg:	Der Gemeinderat (Conseil communal) jeder Gemeinde.
Genf:	Die Staatskanzlei des Kantons Genf in Genf.

Verzeichnis

der

deutschen Behörden, die befugt sind, gegenüber der Schweiz das Anerkenntnis der Staatsangehörigkeit und der Verpflichtung zur Übernahme eines Staatsangehörigen abzugeben.

Die gleichen Behörden sind auch zur Ausstellung der Heimatscheine zuständig, sofern nicht in dem gegenwärtigen Verzeichnis durch Fussnote eine Ausnahme angegeben ist.

1. Königreich Preussen.

Die *Königlichen Regierungspräsidenten* in Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, Potsdam, Frankfurt an der Oder, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen, Bromberg, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Aurich, Münster, Minden, Arnsberg, Kassel, Wiesbaden, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen und

für Berlin der *königliche Polizeipräsident*.

2. Königreich Bayern.

Oberbayern.

a. *Königliche Polizeidirektion* in München.¹⁾

b. *Stadtmagistrate* in Freising, Ingolstadt, Landsberg, Rosenheim, Traunstein.

¹⁾ Zur Ausstellung der Heimatscheine in der Stadt München ist befugt: der Stadtmagistrat.

c. Bezirksämter in Aibling, Aichach, Altötting, Berchtesgaden, Fürstenfeldbruck, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Friedberg, Garmisch, Ingolstadt, Landsberg, Laufen, Miesbach, Mühldorf, München, Pfaffenhofen, Rosenheim, Schongau, Schrobenhausen, Starnberg, Tölz, Traunstein, Wasserburg, Weilheim, Wolfratshausen.

Niederbayern.

a. Stadtmagistrate in Deggendorf, Landshut, Passau, Straubing.

b. Bezirksämter in Bogen, Deggendorf, Dingolfing, Eggenfelden, Grafenau, Griesbach, Kehlheim, Kötzing, Landau an der Isar, Landshut, Mainburg, Malersdorf, Passau, Pfarrkirchen, Regen, Rottenburg, Straubing, Viechtach, Vilsbiburg, Vilshofen, Wegscheid, Wolfstein.

Pfalz.

a. Der Stadtmagistrat in Landau.

b. Bezirksämter in Bergzabern, Dürkheim, Frankenthal, Gernersheim, Homburg, St. Ingbert, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Kusel, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Haardt, Pirmasens, Rockenhausen, Speyer, Zweibrücken.

Oberpfalz und Regensburg.

a. Stadtmagistrate in Amberg, Neumarkt, Regensburg.

b. Bezirksämter in Amberg, Beilngries, Burglengenfeld, Cham, Eschenbach, Kemnath, Nabburg, Neumarkt, Neunburg vorm Wald, Neustadt an der Waldnab, Oberviechtach, Parsberg, Regensburg, Riedenburg, Roding, Stadthof, Sulzbach, Tirschenreuth, Vohenstrauß, Waldmünchen.

Oberfranken.

a. Stadtmagistrate in Bamberg, Bayreuth, Forchheim, Hof, Kulmbach.

b. Bezirksämter in Bamberg I, Bamberg II, Bayreuth, Berneck, Ebermannstadt, Forchheim, Höchstädt an der Aisch, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Münchberg, Naila, Pegnitz, Rehau, Stadtsteinach, Staffelstein, Teuschnitz, Wunsiedel.

Mittelfranken.

a. Stadtmagistrate in Ansbach, Dinkelsbühl, Eichstätt, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber, Schwabach, Weissenburg in Bayern.

b. Bezirksämter in Ansbach, Dinkelsbühl, Eichstätt, Erlangen, Feuchtwangen, Fürth, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Lauf, Neustadt an der Aisch, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber, Scheinfeld, Schwabach, Uffenheim, Weissenburg in Bayern.

Unterfranken und Aschaffenburg.

a. Stadtmagistrate in Aschaffenburg, Kissingen, Kitzingen, Schweinfurt, Würzburg.

b. Bezirksämter in Alzenau, Aschaffenburg, Brückenau, Ebern, Gemünden, Gerolshofen, Hammelburg, Hassfurt, Hofheim, Karlstadt, Kissingen, Kitzingen, Königshofen, Lohr, Marktheidenfeld, Mellrichstadt, Miltenberg, Neustadt an der Saale, Obernburg, Ochsenfurt, Schweinfurt, Würzburg.

Schwaben und Neuburg.

a. Stadtmagistrate in Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Neuburg an der Donau, Neu-Ulm, Nördlingen.

b. Bezirksämter in Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Füssen, Günzburg, Illertissen, Kaufbeuren, Kempten, Krumbach, Lindau, Memmingen, Mindelheim, Neuburg an der Donau, Neu-Ulm, Nördlingen, Oberdorf, Schwabmünchen, Sonthofen, Wertingen, Zusmarshausen.

3. Königreich Sachsen.

Die *Königlichen Kreishauptmannschaften* in Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau.

4. Königreich Württemberg.¹⁾

Die *Königlichen Kreisregierungen*, und zwar

- a. des *Nekar-Kreises* in *Ludwigsburg*,
- b. des *Schwarzwaldkreises* in *Reutlingen*,
- c. des *Jagst-Kreises* in *Ellwangen*,
- d. des *Donau-Kreises* in *Ulm*.

5. Grossherzogtum Baden.

Die *Grossherzoglichen Bezirksämter* in Achern, Adelsheim, Baden-Baden, Bonndorf, Boxberg, Breisach, Bretten, Bruchsal, Buchen, Bühl, Donaueschingen, Durlach, Eberbach, Emmendingen, Engen, Eppingen, Ettenheim, Ettlingen, Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Karlsruhe, Kehl, Konstanz, Lahr, Lörrach, Mannheim, Messkirch, Mosbach, Müllheim, Neustadt im Schwarzwald, Oberkirch, Offenburg, Pforzheim, Pfullendorf, Rastatt, Säckingen, St. Blasien, Schönau im Wiesental, Schopfheim, Schwetzingen, Sinsheim, Staufen, Stockach, Tauberbischofsheim, Triberg, Ueberlingen, Villingen, Waldkirch, Waldshut, Weinheim, Wertheim, Wiesloch, Wolfach.

6. Grossherzogtum Hessen.

Provinz Starkenburg.

Die *Grossherzoglichen Kreisämter* in Bensheim, Darmstadt, Dieburg, Erbach, Grossgerau, Heppenheim, Offenbach am Main.

¹⁾ Zur Ausstellung der *Heimatscheine* in *Württemberg* sind befugt:

a. Die *Königliche Stadtdirektion* in *Stuttgart*.

b. Die *Oberämter* in Aalen, Backnang, Balingen, Besigheim, Biberach, Blaubeuren, Böblingen, Brackenheim, Calw, Cannstadt, Crailsheim, Ehingen, Ellwangen, Esslingen, Freudenstadt, Gaildorf, Geislingen, Gerabronn, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Horb, Kirchheim, Künzelsau, Laupheim, Leonberg, Leutkirch, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Mergentheim, Münsingen, Nagold, Neckarsulm, Neresheim, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Oehringen, Ravensburg, Reutlingen, Riedlingen, Rottenburg, Rottweil, Saulgau, Schorndorf, Spaichingen, Stuttgart Stadt, Stuttgart Amt, Sulz, Tettnang, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Urach, Vaihingen, Waiblingen, Waldsee, Wangen, Weinsberg, Welzheim.

Provinz Oberhessen.

Die *Grossherzoglichen Kreisämter* in Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Giessen, Lauterbach, Schotten.

Provinz Rheinhessen.

Die *Grossherzoglichen Kreisämter* in Alzey, Bingen, Mainz, Oppenheim, Worms.

7. Grossherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Das *Grossherzogliche Ministerium des Innern* in Schwerin.

8. Grossherzogtum Sachsen - Weimar.

Die *Grossherzoglichen Bezirksdirektionen* in Weimar, Apolda, Eisenach, Dermbach, Neustadt an der Orla.

9. Grossherzogtum Mecklenburg-Strelitz.

Das *Grossherzogliche Ministerium*, Abteilung des Innern, in Neustrelitz.

10. Grossherzogtum Oldenburg.

Für das Herzogtum Oldenburg: ¹⁾

Das *Grossherzogliche Ministerium des Innern*.

Für das Fürstentum Lübeck: ²⁾

Die *Grossherzogliche Regierung* in Eutin.

¹⁾ Zur Ausstellung der *Heimatscheine* im Herzogtum Oldenburg sind befugt:

a. Die *Grossherzoglichen Ämter* in Oldenburg, Westerstede, Varel, Jever, Butjadingen, Brake, Elsfleth, Delmenhorst, Wildeshausen, Vechta, Cloppenburg, Friesoythe, Rüstingen in Baut.

b. Die *Stadtmagistrate der Städte I. Klasse*: Oldenburg, Varel, Jever und Delmenhorst.

²⁾ Zur Ausstellung der *Heimatscheine* im Fürstentum Lübeck sind befugt: Die *Grossherzogliche Regierung* in Eutin und der *Stadtmagistrat* von Eutin.

Für das Fürstentum Birkenfeld:

Die *Grossherzogliche Regierung* in Birkenfeld.

11. Herzogtum Braunschweig.

a. Die *Herzoglichen Kreisdirektionen* in Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden, Blankenburg a. Harz.

b. Die *Herzogliche Polizeidirektion* in Braunschweig.

12. Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Die *Herzoglichen Landräte* in *Meiningen*, Hildburghausen, Sonneberg und Saalfeld a. d. Saale. ¹⁾

13. Herzogtum Sachsen-Altenburg.

Das *Herzogliche Ministerium*, Abteilung des Innern, in Altenburg.

14. Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha. ²⁾

Das *Herzogliche Staatsministerium* zu Gotha oder Coburg.

15. Herzogtum Anhalt.

Die *Herzogliche Regierung*, Abteilung des Innern, in Dessau.

16. Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen.

Die *Fürstlichen Landräte* in Sondershausen, Ebeleben, Arnstadt, Gehren.

¹⁾ Die von diesen Behörden ausgestellten Heimatscheine werden von dem Herzoglichen Staatsministerium, Abteilung des Innern, in Meiningen vollzogen.

²⁾ Zur Ausstellung der Heimatscheine im Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha sind befugt:

a. Die *Herzoglichen Landratsämter* in Gotha, Ohrdruf, Waltershausen und Coburg.

b. Die *Stadträte* in Gotha, Ohrdruf, Waltershausen und Königsberg i. Franken.

c. Die *Magistrate* in Coburg, Neustadt und Rodach.

17. Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt.

Die *Fürstlichen Landratsämter* in Rudolstadt, Königsee in Thüringen, Frankenhausen am Kyffhäuser.

18. Fürstentum Waldeck und Pyrmont.¹⁾

Der *Landesdirektor der Fürstentümer* Waldeck und Pyrmont.

19. Fürstentum Reuss älterer Linie.

Die *Fürstliche Landesregierung* in Greiz.

20. Fürstentum Reuss jüngerer Linie.²⁾

Das *Fürstliche Ministerium*, Abteilung für das Innere, in Gera.

21. Fürstentum Schaumburg-Lippe.

Das *Fürstliche Ministerium* in Bückeburg.

22. Fürstentum Lippe.

Die *Fürstliche Regierung* in Detmold.

23. Freie und Hansestadt Lübeck.

Das *Polizeiamt* in Lübeck.

¹⁾ Zur Ausstellung der Heimatscheine im Fürstentum Waldeck und Pyrmont sind befugt: Die *Fürstlichen Kreisämter* in Arolsen, Corbach, Bad Wildungen, Pyrmont.

²⁾ Zur Ausstellung der Heimatscheine im Fürstentum Reuss jüngerer Linie sind befugt:

- a. Die *Fürstlichen Landratsämter* in Gera und Schleiz.
- b. Der *Stadtrat* in Gera.
- c. Der *Stadtgemeindevorstand* in Schleiz.

Die von diesen Behörden ausgestellten Heimatscheine müssen von dem Fürstlichen Ministerium, Abteilung für das Innere, in Gera beglaubigt sein.

24. Freie und Hansestadt Bremen.

Für die *Stadt Bremen*: *Polizeidirektion* in Bremen.

Für das *Landgebiet*: *Der Landherr* zu Bremen.

Für die *Hafenstädte Bremerhaven und Vegesack*: *Die Ämter zu Bremerhaven und Vegesack*.

25. Freie und Hansestadt Hamburg.¹⁾

Der *Senat* in Hamburg.

26. Elsass-Lothringen.

Die *Kaiserlichen Bezirkspräsidenten* in Strassburg, Colmar, Metz.

¹⁾ Zur Ausstellung der *Heimatscheine* sind befugt:

Für die *Stadt Hamburg*: Die *Polizeibehörde* daselbst.

Für das *Landgebiet*: Die *Landherrenschaften* der Geestlande, Marschlande und Bergedorf.

Für das *Amt Ritzebüttel*: Der *Amtsverwalter* daselbst.

Verzeichnis

der

schweizerischen Behörden, die zu dem unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den deutschen Behörden in Angelegenheiten der Fremdenpolizei ermächtigt sind.

Kantone

Zürich:	Polizeikommando des Kantons Zürich in Zürich.
Bern:	Polizeidirektion des Kantons Bern in Bern.
Luzern:	Polizeidepartement des Kantons Luzern in Luzern.
Uri:	Polizeidirektion des Kantons Uri in Altdorf.
Schwyz:	Verhöramt des Kantons Schwyz in Schwyz.
Obwalden:	Polizeidirektion des Kantons Unterwalden ob dem Wald in Sarnen.
Nidwalden:	Polizeidirektion des Kantons Unterwalden nid dem Wald in Stans.
Glarus:	Polizeidirektion des Kantons Glarus in Glarus.
Zug:	Polizeidirektion des Kantons Zug in Zug.
Freiburg:	Polizeidirektion des Kantons Freiburg in Freiburg.
Solothurn:	Justizdepartement des Kantons Solothurn in Solothurn.
Basel-Stadt:	Polizeidepartement des Kantons Basel-Stadt in Basel.
Basel-Landschaft:	Polizeidirektion des Kantons Basel-Landschaft in Liestal.

Kantone

- Schaffhausen:** Polizeidirektion des Kantons Schaffhausen in Schaffhausen.
- Appenzell A.-Rh.:** Polizeibureau des Kantons Appenzell Ausser-Rhoden in Trogen.
- Appenzell I.-Rh.:** Polizeidirektion des Kantons Appenzell Inner-Rhoden in Appenzell.
- St. Gallen:** Landjägerkommando des Kantons St. Gallen in St. Gallen.
- Graubünden:** Polizeidepartement des Kantons Graubünden in Chur.
- Aargau:** Polizeikommando des Kantons Aargau in Aarau.
- Thurgau:** Polizeidepartement des Kantons Thurgau in Frauenfeld.
- Tessin:** Polizeidirektion des Kantons Tessin in Bellinzona.
- Waadt:** Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Waadt in Lausanne.
- Wallis:** Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Wallis in Sitten.
- Neuenburg:** Polizeidepartement des Kantons Neuenburg in Neuenburg.
- Genf:** Justiz- und Polizeidepartement des Kantons Genf in Genf.
-

Verzeichnis

der

deutschen Behörden, die zu dem unmittelbaren Geschäftsverkehr mit den schweizerischen Behörden in Angelegenheiten der Fremdenpolizei ermächtigt sind.

1. Preussen.

Regierungsbezirk Königsberg.

a. Königliche Landräte in Braunsberg in Ostpreussen, Preussisch Eylau, Fischhausen, Bartenstein (Kreis Friedland), Gerdauen, Heiligenbeil, Heilsberg, Preussisch Holland, Königsberg in Preussen, Labiau, Memel, Mohrungen, Rastenburg und Wehlau (Bezirk Königsberg).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Königsberg in Preussen.

Regierungsbezirk Gumbinnen.

a. Königliche Landräte in Angerburg, Darkehmen, Goldap, Gumbinnen, Heydekrug, Insterburg (Landkreis), Heinrichswalde (Kreis Niederung), Marggrabowa (Kreis Oletzko), Pillkallen, Ragnit, Stallupönen und Tilsit (Landkreis).

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Insterburg und Tilsit.

Regierungsbezirk Allenstein.

a. Königliche Landräte in Allenstein, Johannesburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode in Ostpreussen, Bischofsburg (Kreis Rössel) und Sensburg.

b. Städtische Polizeiverwaltung in Allenstein.

Regierungsbezirk Danzig.

a. Königliche Landräte in Berent in Westpreussen, Danzig (Kreis Danziger Höhe), Danzig (Kreis Danziger Niederung), Dirschau, Elbing (Landkreis), Karthaus, Marienburg in Westpreussen, Neustadt in Westpreussen, Putzig in Westpreussen und Preussisch Stargard.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Danzig.

c. Städtische Polizeiverwaltung in Elbing.

Regierungsbezirk Marienwerder.

a. Königliche Landräte in Briesen in Westpreussen, Flatow in Westpreussen, Graudenz (Landkreis), Konitz in Westpreussen, Deutsch Krone, Culm in Westpreussen, Neumark in Westpreussen (Kreis Löbau in Westpreussen), Marienwerder in Westpreussen, Rosenberg in Westpreussen, Schlochau, Schwetz an der Weichsel, Strasburg in Westpreussen, Stuhm, Thorn (Landkreis) und Tuchel.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Graudenz und Thorn.

Berlin: Königlicher Polizeipräsident.

Regierungsbezirk Potsdam.

a. Königliche Landräte in Angermünde, Berlin Friedrich Carl Ufer 5 (Kreis Niederbarnim), Freienwalde an der Oder (Kreis Oberbarnim), Beeskow (Kreis Beeskow-Storkow), Nauen (Kreis Osthavelland), Rathenow (Kreis Westhavelland), Jüterbog (Kreis Jüterbog-Luckenwalde), Prenzlau, Kyritz (Kreis Ost-Prignitz), Perleberg (Kreis West-Prignitz), Neu Ruppín (Kreis Ruppín), Berlin Viktoriastr. 18 (Kreis Teltow), Templin und Belzig (Kreis Zauch-Belzig).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Schöneberg (auch für Wilmersdorf zuständig), Rixdorf und Charlottenburg, Polizeidirektionen in Lichtenberg und Potsdam.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Brandenburg, Eberswalde und Spandau.

Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder.

a. Königliche Landräte in Arnswalde, Friedeberg in der Neumark, Guben (Landkreis), Calau, Königsberg in der Neumark, Cottbus (Landkreis), Crossen an der Oder, Landsberg an der

Warthe (Landkreis), Seelow (Kreis Lebus), Luckau, Lübben in der Lausitz, Soldin, Sorau in der Niederlausitz, Spremberg in der Lausitz, Züllichau (Kreis Ost Sternberg), Reppen (Kreis West Sternberg) und Züllichau.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Cottbus, Forst in der Lausitz, Frankfurt an der Oder, Guben, Landsberg an der Warthe.

Regierungsbezirk Stettin.

a. Königliche Landräte in Anklam, Demmin, Greifenberg in Pommern, Greifenhagen in Pommern, Kammin in Pommern, Naugard, Pyritz, Stettin (Kreis Randow), Labes (Kreis Regenwalde), Stargard in Pommern (Kreis Saatzig), Ückermünde und Swinemünde (Kreis Usedom-Wollin).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Stettin.

c. Städtische Polizeiverwaltung in Stargard in Pommern.

Regierungsbezirk Köslin.

a. Königliche Landräte in Belgard, Bublitz, Bütow, Dramburg, Köslin, Kolberg (Kreis Kolberg-Körlin), Lauenburg in Pommern, Neustettin, Rummelsburg in Pommern, Schivelbein, Schlawe und Stolp in Pommern.

b. Städtische Polizeiverwaltung in Stolp in Pommern.

Regierungsbezirk Stralsund.

a. Königliche Landräte in Franzburg, Greifswald, Grimmen, Bergen auf Rügen (Kreis Rügen).

b. Städtische Polizeiverwaltung in Stralsund.

Regierungsbezirk Posen.

a. Königliche Landräte in Adelnau, Birnbaum, Wollstein (Kreis Bomst), Fraustadt, Gostyn, Grätz (Bezirk Posen), Jarotschin, Kempen in Posen, Koschmin, Kosten (Bezirk Posen), Krotoschin, Lissa in Posen, Meseritz, Neutomischel, Obornik, Ostrowo, Pleschen, Posen (Ost), Posen (West), Rawitsch, Samter, Schildberg (Bezirk Posen), Schmiegel, Schrimm, Schroda, Schwerin an der Warthe, Wreschen.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Posen.

Regierungsbezirk Bromberg.

a. Königliche Landräte in Bromberg (Landkreis), Czarnikau, Filehne, Gnesen, Hohensalza, Kolmar in Posen, Mogilno, Schubin, Strelno, Wirsitz, Witkowo, Wongrowitz und Znin.

b. Städtische Polizeiverwaltung in Bromberg.

Regierungsbezirk Breslau.

a. Königliche Landräte in Breslau (Landkreis), Brieg (Landkreis), Frankenstein in Schlesien, Glatz, Guhrau (Bezirk Breslau), Habelschwerdt, Militsch, Münsterberg, Namslau, Neumarkt (Bezirk Breslau), Neurode (Bezirk Breslau), Nimptsch, Öls in Schlesien, Ohlau, Reichenbach in Schlesien, Schweidnitz (Landkreis), Steinau an der Oder, Strehlen (Bezirk Breslau), Striegau, Trebnitz (Schlesien), Waldenburg in Schlesien, Gross Wartenberg (Bezirk Breslau) und Wohlau.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Breslau.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Brieg, Schweidnitz.

Regierungsbezirk Liegnitz.

a. Königliche Landräte in Bolkenhayn, Bunzlau, Freystadt in Schlesien, Glogau, Görlitz (Landkreis), Goldberg in Schlesien (Kreis Goldberg-Haynau), Grünberg in Schlesien, Hirschberg in Schlesien, Hoyerswerda, Jauer, Landeshut in Schlesien, Lauban, Liegnitz (Landkreis), Löwenberg in Schlesien, Lüben in Schlesien, Rothenburg in der Oberlausitz, Sagan, Schönau (Bezirk Liegnitz) und Sprottau.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Görlitz, Liegnitz.

Regierungsbezirk Oppeln.

a. Königliche Landräte in Beuthen in Oberschlesien, Falkenberg in Oberschlesien, Grottkau, Kattowitz (Landkreis), Cosel in Oberschlesien, Kreuzburg in Oberschlesien, Leobschütz, Lublinitz, Neisse (Landkreis), Neustadt in Oberschlesien, Oppeln (Landkreis), Pless in Oberschlesien, Ratibor (Landkreis), Rosenberg in Oberschlesien, Rybnik, Gross Strelitz, Tarnowitz, Gleiwitz (Landkreis Tost-Gleiwitz), Zabrze.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Beuthen in Oberschlesien, Gleiwitz, Kattowitz, Königshütte in Oberschlesien, Neisse, Oppeln und Ratibor.

Regierungsbezirk Magdeburg.

a. Königliche Landräte in Gardelegen, Halberstadt (Landkreis), Burg bei Magdeburg (Kreis Jerichow I), Genthin (Kreis Jerichow II), Kalbe an der Saale, Neuholdensleben, Oschersleben, Osterburg (Bezirk Magdeburg), Quedlinburg, Salzwedel, Stendal, Wanzleben, Wernigerode (Kreis Grafschaft Wernigerode) und Wolmirstedt.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Magdeburg.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Aschersleben, Halberstadt, Quedlinburg und Stendal.

Regierungsbezirk Merseburg.

a. Königliche Landräte in Bitterfeld, Delitzsch, Cölleda (Kreis Eckartsberga), Liebenwerda, Mansfeld (Gebirgskreis), Eisleben (Mansfelder Seekreis), Merseburg, Naumburg an der Saale, Quedlinburg, Halle an der Saale (Saalkreis), Sangerhausen, Herzberg an der Elster (Kreis Schweinitz), Torgau, Weissenfels (Landkreis), Wittenberg und Zeitz (Landkreis).

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Eisleben, Halle an der Saale, Weissenfels und Zeitz.

Regierungsbezirk Erfurt.

a. Königliche Landräte in Erfurt (Landkreis), Heiligenstadt (Bezirk Erfurt), Nordhausen (Bezirk Erfurt, Kreis Grafschaft Hohenstein), Langensalza, Mühlhausen (Bezirk Erfurt, Landkreis), Schleusingen, Weissensee (Bezirk Erfurt), Worbis und Ranis (Bezirk Erfurt, Kreis Ziegenrück).

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Erfurt, Mühlhausen in Thüringen, Nordhausen.

Regierungsbezirk Schleswig.

a. Königliche Landräte in Apenrade, Eckernförde, Töning (Kreis Eiderstedt), Flensburg (Landkreis), Hadersleben, Husum, Bordesholm, Ratzeburg (Herzogtum Lauenburg), Heide in Holstein (Kreis Norderdithmarschen), Cismar (Kreis Oldenburg), Pinneberg, Plön, Rendsburg, Schleswig, Segeberg, Sonderburg, Itzehoe (Kreis Steinburg), Wandsbeck (Kreis Stormarn), Mehldorf (Kreis Süderdithmarschen), Tondern.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Kiel.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Altona, Flensburg, Neumünster und Wandsbeck.

Regierungsbezirk Hannover.

a. Königliche Landräte in Diepholz, Hameln, Hannover (Landkreis), Hoya, Linden (Bezirk Hannover, Landkreis), Neustadt am Rübenberge, Nienburg (Bezirk Hannover), Springe, Stolzenau, Sulingen und Syke.

b. Königliche Polizeiverwaltungen : Polizeipräsident in Hannover.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Linden (Bezirk Hannover), Hameln, Nienburg an der Weser.

Regierungsbezirk Hildesheim.

a. Königliche Landräte in Alfeld an der Leine, Duderstadt, Einbeck, Göttingen (Landkreis), Goslar, Gronau (Bezirk Hildesheim), Hildesheim (Landkreis), Ilfeld, Hildesheim (Bezirk Hildesheim, Kreis Marienburg), Münden (Bezirk Hildesheim), Northeim in Hannover, Osterode am Harz, Peine, Uslar und Zellerfeld am Harz.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Göttingen, Hildesheim, Goslar, Peine, Münden, Northeim in Hannover, Duderstadt, Einbeck, Osterode am Harz.

Regierungsbezirk Lüneburg.

a. Königliche Landräte in Bleckede, Burgdorf in Hannover, Celle (Landkreis), Dannenberg an der Elbe, Fallingb., Gifhorn, Harburg (Landkreis), Isenhagen, Lüchow, Lüneburg (Landkreis), Isenhagen, Lüchow, Lüneburg (Landkreis), Soltau, Oldenstadt (Kreis Uelzen) und Winsen an der Luhe.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Celle, Harburg, Lüneburg, Uelzen.

Regierungsbezirk Stade.

a. Königliche Landräte in Achim, Blumenthal (Bezirk Stade), Bremervörde, Geestmünde, Otterndorf (Kreis Hadeln), Jork, Freiburg (Bezirk Stade, Kreis Kehdingen), Lehe, Neuhaus an der Oste, Osterholz (Bezirk Stade), Rotenburg (Bezirk Stade), Stade, Verden und Zeven.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Bremervörde, Buxtehude, Stade und Vorden.

Regierungsbezirk Osnabrück.

a. Königliche Landräte in Aschendorf, Bentheim (Grafschaft Bentheim), Bersenbrück, Sögel (Kreis Hümmling), Iburg, Lingen (Bezirk Osnabrück), Melle, Meppen, Osnabrück (Landkreis), Wittlage.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Osnabrück, Lingen und Papenburg an der Ems.

Regierungsbezirk Aurich.

a. Königliche Landräte in Aurich, Emden (Landkreis), Leer (Ostfriesland), Norden, Weener und Wittmund.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Emden, Aurich, Norden und Leer (Ostfriesland).

Regierungsbezirk Münster.

a. Königliche Landräte in Ahaus, Beckum, Borken in Westfalen, Coesfeld, Lüdinghausen, Münster (Landkreis), Recklinghausen (Landkreis), Burgsteinfurt (Kreis Steinfurt), Tecklenburg und Warendorf.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Münster, Recklinghausen.

Regierungsbezirk Minden.

a. Königliche Landräte in Bielefeld (Landkreis), Büren in Westfalen, Halle in Westfalen, Herford (Landkreis), Höxter, Lübbecke, Minden, Paderborn, Warburg und Wiedenbrück.

b. Städtische Polizeiverwaltungen in Bielefeld und Herford.

Regierungsbezirk Arnsberg.

a. Königliche Landräte in Altena, Arnsberg, Bochum (Landkreis), Brilon, Dortmund (Landkreis), Gelsenkirchen, Hagen (Landkreis), Hamm in Westfalen (Landkreis), Hattingen an der Ruhr, Hörde (Landkreis), Iserlohn (Landkreis), Lippstadt, Meschede, Olpe, Schwelm, Siegen, Soest, Berleburg (Kreis Wittgenstein).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeiprääsidenten in Bochum und Gelsenkirchen.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Dortmund, Hagen, Hamm in Westfalen, Herne, Hörde, Iserlohn, Lüdenscheid, Witten.

Regierungsbezirk Kassel.

a. Königliche Landräte in Kassel (Landkreis), Eschwege, Frankenberg (Bezirk Kassel), Fritzlar, Fulda, Gelnhausen, Gersfeld, Hanau (Landkreis), Hersfeld, Hofgeismar, Homberg (Bezirk Kassel), Hünfeld, Kirchhain (Bezirk Kassel), Marburg, Melsungen, Rotenburg (Fulda), Rinteln (Grafschaft Schaumburg), Schlüchtern, Schmalkalden (Kreis Herrschaft Schmalkalden), Witzenhausen, Wolfhagen (Bezirk Kassel), Ziegenhain (Bezirk Kassel).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Kassel, Polizeidirektoren in Hanau und in Fulda.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

a. Königliche Landräte in Biedenkopf, Dillenburg (Dillkreis), St. Goarshausen, Höchst, Weilburg (Oberlahnkreis), Diez (Unterlahnkreis), Limburg an der Lahn, Rüdesheim (Rheingaukreis), Homburg vor der Höhe (Obertaunuskreis), Langenschwalbach (Untertaunuskreis), Usingen, Westerbürg (Westerwald), Marienberg (Bezirk Wiesbaden, Oberwesterwaldkreis), Montabaur (Untewesterwaldkreis), Wiesbaden (Landkreis, Mainkreis).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Wiesbaden und in Frankfurt am Main.

Regierungsbezirk Coblenz.

a. Königliche Landräte in Adenau, Ahrweiler, Altenkirchen (Bezirk Coblenz), Coblenz (Landkreis), Cochem, St. Goar, Kreuznach, Mayen, Meisenheim (Bezirk Coblenz), Neuwied-Heddendorf (Kreis Neuwied), Simmern, Wetzlar, Zelle an der Mosel.

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeidirektor in Coblenz.

Regierungsbezirk Düsseldorf.

a. Königliche Landräte in Cleve, Crefeld (Landkreis), Dinslaken, Düsseldorf (Landkreis), Essen (Landkreis), Geldern, München-Gladbach (Landkreis), Grevenbroich, Kempen (Bezirk Düsseldorf), Lennep, Vohwinkel (Kreis Mettmann), Mörs, Mülheim an der Ruhr (Landkreis), Neuss, Wesel (Kreis Rees), Solingen (Landkreis).

b. Königliche Polizeiverwaltungen: Polizeipräsident in Essen.

c. Städtische Polizeiverwaltungen in Barmen, Crefeld, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Hamborn, Mülheim an der Ruhr, München-Gladbach, Rheydt, Remscheid, Solingen.

d. Ortspolizeibehörden an anderen als den zu *c* aufgeführten Orten des Regierungsbezirkes.

Regierungsbezirk Cöln.

- a. Königliche Landräte* in Bergheim (Bezirk Cöln), Bonn (Landkreis), Cöln (Landkreis), Euskirchen, Gummersbach, Mülheim am Rhein, Rheinbach, Siegburg (Siegburg), Waldbröl, Wipperfurth.
- b. Königliche Polizeiverwaltungen*: Polizeipräsident in Cöln.
- c. Städtische Polizeiverwaltungen* in Bonn, Mülheim am Rhein.
- d. Ortspolizeibehörden* an anderen als den zu *c* mitaufgeführten Orten des Regierungsbezirkes.

Regierungsbezirk Trier.

- a. Königliche Landräte* in Bernkastel, Bitburg, Daun, Merzig, Ottweiler (Bezirk Trier), Prüm, Saarbrücken, Saarburg (Bezirk Trier), Saarlouis, Trier (Landkreis), St. Wendel, Wittlich.
- b. Königliche Polizeiverwaltungen*: Polizeidirektor in Saarbrücken (auch für St. Johann und Malstatt-Burgbach).
- c. Städtische Polizeiverwaltung* in Trier.

Regierungsbezirk Aachen.

- a. Königliche Landräte* zu Aachen (Landkreis), Düren in der Rheinprovinz, Erkelenz, Eupen, Geilenkirchen, Heinsberg in der Rheinprovinz, Jülich, Malmedy, Montjoie, Schleiden (Eifel).
- b. Königliche Polizeiverwaltungen*: Polizeipräsident in Aachen.
- c. Ortspolizeibehörden* an anderen Orten des Regierungsbezirkes als Aachen.

Regierungsbezirk Sigmaringen.

Oberamtmänner in Gammertingen, Haigerloch, Hechingen und Sigmaringen.

2. Bayern.

Oberbayern.

- a. Königliche Polizeidirektion* München.
- b. Stadtmagistrate* Freising, Ingolstadt, Landsberg, Rosenheim, Traunstein.
- c. Bezirksämter* Aibling, Aichach, Altötting, Berchtesgaden, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Friedberg, Fürstenfeldbruck,

Garmisch, Ingolstadt, Landsberg, Laufen, Miesbach, Mühldorf, München, Pfaffenhofen, Rosenheim, Schongau, Schrobenhausen, Starnberg, Tölz, Traunstein, Wasserburg, Weilheim, Wolfratshausen.

Niederbayern.

a. Stadtmagistrate Deggendorf, Landshut, Passau, Straubing.

b. Bezirksämter Bogen, Deggendorf, Dingolfing, Eggenfelden, Grafenau, Griesbach, Kelheim, Kötzing, Landau an der Isar, Landshut, Mainburg, Mallersdorf, Passau, Pfarrkirchen, Regen, Rottenburg, Straubing, Viechtach, Vilsbiburg, Vilshofen, Wegscheid, Wolfstein.

Pfalz.

a. Stadtmagistrat Landau in der Pfalz.

b. Bezirksämter Bergzabern, Dürkheim, Frankenthal, Germersheim, Homburg, St. Ingbert, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden, Kusel, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Haardt, Pirmasens, Rockenhausen, Speyer, Zweibrücken.

Oberpfalz und Regensburg.

a. Stadtmagistrate Amberg, Neumarkt, Regensburg.

b. Bezirksämter Amberg, Beilngries, Burglengenfeld, Cham, Eschenbach, Kemnath, Nabburg, Neumarkt, Neunburg vorm Wald, Neustadt an der Waldnaab, Oberviechtach, Parsberg, Regensburg, Riedenburg, Roding, Stadtmhof, Sulzbach, Tirschenreuth, Vohenstrauß, Waldmünchen.

Oberfranken.

a. Stadtmagistrate Bamberg, Bayreuth, Forchheim, Hof, Kulmbach.

b. Bezirksämter Bamberg I, Bamberg II, Bayreuth, Berneck, Ebermannstadt, Forchheim, Höchstädt an der Aisch, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Münchberg, Naila, Pegnitz, Rehau, Stadtsteinach, Stafelstein, Teuschnitz, Wunsiedel.

Mittelfranken.

a. Stadtmagistrate Ansbach, Dinkelsbühl, Eichstätt, Erlangen, Fürth, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber, Schwabach, Weissenburg in Bayern.

b. Bezirksämter Ansbach, Dinkelsbühl, Eichstätt, Erlangen, Feuchtwangen, Führt, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Lauf, Neustadt an der Aisch, Nürnberg, Rothenburg ob der Tauber, Scheinfeld, Schwabach, Uffenheim, Weissenburg in Bayern.

Unterfranken und Aschaffenburg.

a. Stadtmagistrate Aschaffenburg, Bad Kissingen, Kitzingen, Schweinfurt, Würzburg. ☉

b. Bezirksämter Alzenau, Aschaffenburg, Brückenau, Ebern, Gemünden, Gerolzhofen, Hammelburg, Hassfurt, Hofheim, Karlstadt, Kissingen, Kitzingen, Königshofen, Lohr, Marktheidenfeld, Mellrichstadt, Miltenberg, Neustadt an der Saale, Obernburg, Ochsenfurt, Schweinfurt, Würzburg.

Schwaben und Neuburg.

a. Stadtmagistrate Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Neuburg an der Donau, Neu Ulm, Nördlingen.

b. Bezirksämter Augsburg, Dillingen, Donauwörth, Füssen, Günzburg, Illertissen, Kaufbeuren, Kempten, Krumbach, Lindau, Markt Oberdorf, Memmingen, Mindelheim, Neuburg an der Donau, Neu Ulm, Nördlingen, Schwabmünchen, Sonnthofen, Wertingen, Zusmarshausen.

3. Königreich Sachsen.

Kreishauptmannschaft Bautzen.

a. Amtshauptmannschaften Bautzen, Kamenz, Löbau, Zittau.

b. Stadträte in Bautzen, Bernstadt, Bischofswerda, Kamenz, Löbau, Pulsnitz, Zittau.

Kreishauptmannschaft Chemnitz.

a. Amtshauptmannschaften Annaberg, Chemnitz, Flöha, Glauchau, Marienberg, Stollberg.

b. Stadträte in Annaberg, Buchholz, Ehrenfriedersdorf, Frankenberg, Geyer, Glauchau, Hohenstein-Ernstthal, Limbach, Lichtenstein, Meerane, Marienberg, Oederan, Olbernhau, Stollberg, Thum, Waldenburg, Zschopau.

c. Polizeiamt in Chemnitz.

Kreishauptmannschaft Dresden.

a. Amtshauptmannschaften Dippoldiswalde, Dresden - A., Dresden - N., Freiberg, Grossenhain, Meissen, Pirna.

b. Stadträte in Dippoldiswalde, Freiberg, Grossenhain, Königstein, Lommatzsch, Meissen, Neustadt in Sachsen, Nossen, Pirna, Radeberg, Riesa, Sayda, Schandau, Sebnitz.

c. Königliche Polizeidirektion in Dresden.

Kreishauptmannschaft Leipzig.

a. Amtshauptmannschaften Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz, Rochlitz.

b. Stadträte in Borna, Burgstädt, Colditz, Döbeln, Grimma, Groitzsch, Hainichen, Leisnig, Markranstädt, Mittweida, Oschatz, Pegau, Penig, Rochlitz, Rosswein, Taucha, Waldheim, Wurzen.

c. Polizeiamt in Leipzig,

Kreishauptmannschaft Zwickau.

a. Amtshauptmannschaften Auerbach, Oelsnitz, Plauen, Schwarzenberg, Zwickau.

b. Stadträte in Adorf, Aue, Auerbach, Crimmitschau, Eibenstock, Falkenstein, Kirchberg, Lengenfeld, Lössnitz, Markneukirchen, Mylau, Netzschkau, Neustädte, Oelsnitz, Reichenbach im Vogtland, Schneeberg, Schöneck, Schwarzenberg, Treuen, Werdau.

c. Polizeiamter in Plauen und Zwickau.

4. Württemberg.

a. Stadtdirektion Stuttgart.

b. Oberämter Aalen, Backnang, Balingen, Besigheim, Biberach, Blaubeuren, Böblingen, Brackenheim, Calw, Cannstatt, Crailsheim, Ehingen, Ellwangen, Esslingen, Freudenstadt, Gaildorf, Geislingen, Gerabronn, Gmünd, Göppingen, Hall, Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg, Horb, Kirchheim, Künzelsau, Laupheim, Leonberg, Leutkirch, Ludwigsburg, Marbach, Maulbronn, Mergentheim, Münsingen, Nagold, Neckarsulm, Neresheim, Neuenbürg, Nürtingen, Oberndorf, Oehringen, Ravensburg, Reutlingen, Riedlingen, Rottenburg, Rottweil, Saulgau, Schorndorf, Spaichingen, Stuttgart, Sulz, Tettang, Tübingen, Tuttlingen, Ulm, Urach, Vaihingen, Waiblingen, Waldsee, Wangen, Weinsberg, Welzheim.

5. Baden.

Die Grossherzoglichen Bezirksämter in Achern, Adelsheim, Baden-Baden, Bonndorf, Boxberg, Breisach, Bretten, Bruchsal, Buchen, Bühl, Donaueschingen, Durlach, Eberbach, Emmendingen, Engen, Eppingen, Ettenheim, Ettlingen, Freiburg im Breisgau, Heidelberg, Karlsruhe, Kehl, Konstanz, Lahr, Lörrach, Mannheim, Messkirch, Mosbach, Müllheim, Neustadt im Schwarzwald, Oberkirch, Offenburg, Pforzheim, Pfullendorf, Rastatt, Säckingen, St. Blasien, Schönau im Wiesental, Schopfheim, Schwetzingen, Sinsheim, Staufen, Stockach, Tauberbischofsheim, Triberg, Überlingen, Villingen, Waldkirch, Waldshut, Weinheim, Wertheim, Wiesloch, Wolfach.

6. Hessen.

Provinz Starkenburg.

Die Grossherzoglichen Kreisämter Bensheim, Darmstadt, Dieburg, Erbach, Gross-Gerau, Heppenheim, Offenbach am Main.

Provinz Oberhessen.

Die Grossherzoglichen Kreisämter Alsfeld, Büdingen, Friedberg, Giessen, Lauterbach, Schotten.

Provinz Rheinhessen.

Die Grossherzoglichen Kreisämter Alzey, Bingen, Mainz, Oppenheim, Worms.

7. Mecklenburg-Schwerin.

Das Grossherzogliche Ministerium des Innern.

8. Sachsen-Weimar.

Die Grossherzoglichen Bezirksdirektoren in Weimar, Apolda, Eisenach, Dermbach, Neustadt an der Orla.

9. Mecklenburg-Strelitz.

Herzogtum Strelitz.

a. *Die Grossherzoglichen Ämter* in Feldberg, Mirow, Stargard und Strelitz (Alt) sowie *das Grossherzogliche Kabinettsamt* in Neustrelitz.

b. Die Magistrate in den Städten Neustrelitz, Neubrandenburg, Friedland, Woldegk, Strelitz (Alt), Fürstenberg, Wesenberg und Stargard.

c. Für das Gebiet der ritterschaftlichen Güter: das Grossherzogliche Ministerium, Abteilung des Innern, in Neustrelitz.

Fürstentum Ratzeburg.

Die Grossherzogliche Landvogtei in Schönberg.

10. Oldenburg.

Herzogtum Oldenburg.

a. Die Grossherzoglichen Ämter Oldenburg, Westerstede, Varel, Jever, Rüstringen, Butjadingen, Brake, Elsfleth, Delmenhorst, Wildeshausen, Vechta, Cloppenburg, Friesoythe.

b. Die Stadtmagistrate Oldenburg, Varel, Jever, Delmenhorst.

Fürstentum Lübeck.

a. Die Grossherzogliche Regierung in Eutin.

b. Der Stadtmagistrat Eutin.

Fürstentum Birkenfeld.

a. Die Bürgermeistereien Birkenfeld, Niederbrombach, Nohfelden, Idar-Land, Herrstein.

b. Die Stadtbürgermeistereien Oberstein, Idar.

11. Braunschweig.

a. Die Herzogliche Polizeidirektion Braunschweig.

b. Die Herzoglichen Kreisdirektionen Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden, Blankenburg am Harz.

12. Sachsen-Meiningen.

Die Herzoglichen Landräte in Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg in Sachsen-Meiningen, Saalfeld an der Saale.

13. Sachsen-Altenburg.

a. Die Herzoglichen Landratsämter in Altenburg, Ronneburg, Roda.

b. Die Stadträte in Altenburg, Schmölln, Ronneburg, Meuschwitz, Gössnitz, Lucka, Eisenberg, Roda, Kahla, Orlamünde.

14. Sachsen-Coburg und Gotha.

Herzogtum Coburg.

a. Das Herzogliche Landratsamt in Coburg.

b. Die Magistrate in Coburg, Neustadt (Herzogtum Coburg), Rodach und der Stadtrat in Königsberg in Franken.

Herzogtum Gotha.

a. Die Herzoglichen Landratsämter in Gotha, Ohrdruf, Waltershausen.

b. Die Stadträte in Gotha, Ohrdruf, Waltershausen.

15. Anhalt.

a. Die Herzoglichen Kreisdirektionen in Ballenstedt, Bernburg, Böthen, Dessau, Zerbst.

b. Die Polizeiverwaltungen der Städte Bernburg, Cöthen, Dessau, Zerbst.

16. Schwarzburg-Sondershausen.

Die Fürstlichen Landräte in Sondershausen, Ebeleben, Arnstadt, Gehren.

17. Schwarzburg-Rudolstadt.

Die Fürstlichen Landratsämter Rudolstadt, Königsee in Thüringen, Frankenhausen am Kyffhäuser.

18. Waldeck und Pyrmont.

Die Kreisamtmänner in Arolsen, Corbach, Bad Wildungen, Pyrmont.

19. Reuss ältere Linie.

a. Das Fürstliche Landratsamt in Greiz.

b. Der Gemeindevorstand der Fürstlichen Residenzstadt Greiz.

c. Der Gemeindevorstand in Zeulenroda.

20. Reuss jüngere Linie.

- a. *Die Fürstlichen Landratsämter* Gera und Schleiz.
- b. *Der Stadtrat* in Gera.

21. Schaumburg-Lippe.

- a. *Die städtischen Polizeiverwaltungen* in Bückeburg und Stadthagen.
- b. *Die Fürstlichen Landratsämter* in Bückeburg und Stadthagen.

22. Lippe.

- a. *Die Fürstliche Regierung* in Detmold.
- b. *Die Fürstlichen Verwaltungsämter* in Brake, Blomberg, Detmold, Schötmar, Stift Cappel.
- c. *Die Magistrate* der Städte Barntrup, Blomberg, Detmold, Horn, Lage, Lemgo, Salzuflen, Schwalenberg.

23. Lübeck.

Das Polizeiamt in Lübeck.

24. Bremen.

- a. *Die Polizeidirektion* in Bremen.
- b. *Der Landherr* in Bremen.
- c. *Die Ämter* Bremerhaven und Vegesack.

25. Hamburg.

- a. *Die Polizeibehörde.*
- b. *Die Landherrenschaft* Ritzebüttel.
- c. *Die Landherrenschaft* Bergedorf.

26. Elsass-Lothringen.

- a. *Die Bezirkspräsidenten* in Colmar, Metz, Strassburg im Elsass.
 - b. *Der Polizeipräsident* in Strassburg im Elsass.
 - c. *Die Polizeidirektionen* in Metz und Mülhausen im Elsass.
 - d. *Die Kreisdirektionen* in Altkirch, Bolchen, Château-Salins, Colmar, Diedenhofen-Ost, Diedenhofen-West, Erstein, Forbach, Gebweiler, Hagenau, Metz, Molsheim, Mülhausen im Elsass, Rappoltswiler, Saargemünd, Schlettstadt, Strassburg im Elsass, Thann, Weissenburg, Zabern.
-

Vereinbarung

betreffend

die Regeln des schweizerisch-deutschen Übernahmeverkehrs.
(Notenaustausch zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der kaiserlich deutschen Gesandtschaft in Bern vom 29. Dezember 1910, entsprechend Art. 12, Absatz 1, und Art. 14 des schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages vom 13. November 1909.)

Übernahmeverkehr ohne vorangegangenen Schriftwechsel.

(Formloser Übernahmeverkehr; Art. 12, Abs. 1, des Niederlassungsvertrages.)

I. Als **Ausweispapiere**, auf Grund deren gemäss Art. 12, Abs. 1, des Niederlassungsvertrages die formlose Übernahme stattzufinden hat, sollen ausser den Heimatscheinen angesehen werden:

folgende **schweizerische** Papiere:

- a. die von den schweizerischen Vertretern im Ausland und den schweizerischen Behörden im Inland ausgestellten Pässe und Wanderbücher, sofern nicht in diesen Urkunden die ausländische Staatsangehörigkeit des Inhabers ausdrücklich vermerkt ist;
- b. das militärische Dienstbüchlein;

folgende **deutsche** Papiere:

- a. die von den zuständigen Behörden für das Ausland ausgestellten Reisepässe, sofern nicht darin die ausländische Staatsangehörigkeit des Inhabers ausdrücklich vermerkt ist;

- b. Staatsangehörigkeitsausweise, sofern nicht seit ihrer Ausstellung fünf Jahre verflossen sind;
- c. Militärpapiere, und zwar Militärpässe, Ersatzreservepässe, Landsturmscheine und Ausmusterungsscheine;
- d. die in Bayern ausgestellten gemeindlichen Heimatscheine und ortspolizeilichen Dienstbotenbücher;
- e. die auf Grund von Art. 2 des Niederlassungsvertrages von 1890 ausgestellten gesandtschaftlichen Zeugnisse, die nach dem Inkrafttreten des Niederlassungsvertrages von 1909 während der Dauer ihrer Gültigkeit sowohl für die Niederlassung und den Aufenthalt als auch für den Übernahmeverkehr als Ersatz der Heimatscheine anerkannt werden sollen.

II. Als **Grenzorte**, wo die Übernahme der ohne vorangegangenen Schriftwechsel ausgewiesenen Personen stattzufinden hat, werden gemäss Art. 14 des Niederlassungsvertrages bestimmt:

auf **schweizerischer** Seite die Orte Basel, Laufenburg, Zurzach, Schaffhausen, Kreuzlingen, Romanshorn und Rorschach;

auf **deutscher** Seite die Orte St. Ludwig, Lörrach, Waldshut, Singen, Konstanz, Friedrichshafen und Lindau.

Für die Regelung des formlosen Übernahmeverkehrs gilt im allgemeinen der Grundsatz, dass der ausweisende Staat entscheidet, an welchem Orte die Übergabe der Ausgewiesenen zu erfolgen hat.

III. Die formlose Übergabe kann an den unter II erwähnten Orten an jedem Werktag in den Stunden von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags stattfinden.

Übernahmeverkehr nach vorangegangennem Schriftwechsel.

(Schriftlicher Übernahmeverkehr; Artikel 11 des Niederlassungsvertrages.)

I. Als **Übernahmeorte** für die Personen, die nach vorangegangennem Schriftwechsel heimgeschafft werden, werden gemäss Art. 14 des Niederlassungsvertrages bestimmt:

Auf schweizerischer Seite:

Pruntrut für die im elsässischen Kreise Altkirch wohnhaften Angehörigen der Kantone Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis, sowie der Amtsbezirke Pruntrut, Freibergen, Delsberg, Münster, Courtelary, Biel, Nidau und Neuenstadt des Kantons Bern;

Basel für die Angehörigen der Kantone Baselstadt, Baselland, Solothurn, Freiburg, Bern, Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis, soweit bei den Angehörigen der fünf letztgenannten Kantone nicht Pruntrut in Betracht kommt;

Basel, Schaffhausen und Romanshorn für die Angehörigen der Kantone Luzern, Obwalden, Nidwalden, Schwyz, Uri, Tessin, Zug, Zürich und Glarus;

Rheinfelden, Laufenburg und Zurzach für die Angehörigen des Kantons Aargau;

Schaffhausen für die Angehörigen des Kantons Schaffhausen;

Kreuzlingen und Romanshorn für die Angehörigen des Kantons Thurgau;

Kreuzlingen und Rorschach für die Angehörigen der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausser- und Innerrhoden und Graubünden.

Wo für die Angehörigen eines Kantons mehrere Übernahmeorte genannt sind, soll die Bezeichnung des Ortes im Einzelfalle der Heimatsbehörde freistehen, wobei auf den von dem Transport einzuschlagenden Reiseweg Rücksicht zu nehmen ist.

Auf deutscher Seite:

A. Altkirch

für diejenigen aus den Kantonen Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis, sowie den Amtsbezirken Pruntrut, Freibergen, Delsberg, Münster, Courtelary, Biel, Nidau und Neuenstadt des Kantons Bern heimzuschaffenden Personen, welche im Kreise Altkirch ihren Unterstützungswohnsitz oder letzten Unterstützungswohnsitz haben;

B. St. Ludwig

a. für diejenigen Personen, welche

1. in Elsass-Lothringen — mit Ausnahme des Kreises Altkirch, soweit die Übernahme gemäss A in Altkirch zu erfolgen hat — oder in der preussischen Rheinprovinz, im preussischen Regierungsbezirk Münster oder Aurich oder im Grossherzogtum Oldenburg, mit Ausnahme des Fürstentums Lübeck, ihren Unterstützungswohnsitz oder letzten Unterstützungswohnsitz haben;

2. im linksrheinischen Bayern heimatberechtigt sind;
 - b. für diejenigen Personen, bei welchen ein Unterstützungswohnsitz oder letzter Unterstützungswohnsitz oder eine Heimatberechtigung nicht feststeht, sofern die Anerkennung ihrer Staatsangehörigkeit von einer Heimatbehörde der unter *a* 1 benannten Staaten oder Landesteile erfolgt ist;
- C. die badischen Orte Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz, unter denen im Einzelfalle der Übernahmeort von den deutschen Behörden bestimmt wird :
- a. für diejenigen Personen, welche in Baden oder Hessen, in den preussischen Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen mit Ausnahme des Regierungsbezirkes Münster, Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich, Schleswig-Holstein, im preussischen Regierungsbezirk Sigmaringen, im Fürstentum Lübeck des Grossherzogtums Oldenburg, in Braunschweig, Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, Hamburg, Bremen oder Lübeck ihren Unterstützungswohnsitz oder letzten Unterstützungswohnsitz haben ;
 - b. für diejenigen Personen, bei welchen ein Unterstützungswohnsitz oder letzter Unterstützungswohnsitz oder eine Heimatberechtigung nicht feststeht, sofern die Anerkennung ihrer Staatsangehörigkeit von einer Heimatbehörde der unter *a* benannten Staaten oder Landesteile erfolgt ist;
- D. Friedrichshafen
- a. für diejenigen Personen, welche in Württemberg oder in den preussischen Provinzen Sachsen, Brandenburg, in der Stadt Berlin, in Mecklenburg-Schwerin, Anhalt oder in einem der thüringischen Bundesstaaten ihren Unterstützungswohnsitz oder letzten Unterstützungswohnsitz haben ;
 - b. für diejenigen Personen, bei welchen ein Unterstützungswohnsitz oder letzter Unterstützungswohnsitz oder eine Heimatberechtigung nicht feststeht, sofern die Anerkennung ihrer Staatsangehörigkeit von einer Heimatbehörde der unter *a* benannten Staaten oder Landesteile erfolgt ist ;
- E. Lindau
- a. für diejenigen Personen, welche
 1. im rechtsrheinischen Bayern heimatberechtigt sind ;
 2. in den preussischen Provinzen Schlesien, Posen, Pommern, Westpreussen, Ostpreussen oder im Königreiche

Sachsen oder in Mecklenburg-Strelitz ihren Unterstützungswohnsitz oder letzten Unterstützungswohnsitz haben;

- b. für diejenigen Personen, bei welchen ein Unterstützungswohnsitz oder letzter Unterstützungswohnsitz oder eine Heimatberechtigung nicht feststeht, sofern die Anerkennung ihrer Staatsangehörigkeit von einer Heimatbehörde der unter $\alpha 2$ benannten Staaten oder Landesteile erfolgt ist.

II. Im schriftlichen Übernahmeverkehr hat die Heimatbehörde, bei welcher ein Übernahmeantrag gestellt wird, der antragstellenden Behörde den Übernahmeort jeweilen gleichzeitig mit der Anerkennung der Übernahmepflicht mitzuteilen.



**Kreisschreiben des Bundesrates an sämtliche Kantonsregierungen betreffend das
Inkrafttreten des neuen Niederlassungsvertrages zwischen der Schweiz und dem Deutschen
Reiche, vom 13. November 1909. (Vom 13. September 1911.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1911
Année	
Anno	
Band	4
Volume	
Volume	
Heft	38
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.09.1911
Date	
Data	
Seite	153-193
Page	
Pagina	
Ref. No	10 024 329

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.